

Bruno SCHELHAAS, Leipzig

unter Mitarbeit von: Ingrid APOLINARSKI (Erkner), Klauspeter KIRSCHKE (Schwerin), Edith LOTZMANN (Cottbus), Isolde ROCH (Dresden) und Ute WARDENGA (Leipzig)

Regionalplanung Ost. Struktur und Alltagspraxis der Territorialplanung in der DDR.

Ein Werkstattbericht

1 Einleitung

Die Raumordnung und Landesplanung in der ehemaligen DDR entwickelte sich als eine eigene Form der räumlichen Planung in Deutschland, die in hohem Maße von den sozialistischen Planvorgaben des SED-Staates abhängig war. Die Territorialplanung, die sich ab Mitte der 1960er Jahre endgültig etablieren konnte, war somit ein nicht zu unterschätzender Faktor des zentralistischen Planungs- und Wirtschaftssystems in der DDR.

Mit einem Abstand von anderthalb Jahrzehnten nach dem Zusammenbruch der DDR soll hier ein Beitrag zur deutschen Planungsgeschichte vorgelegt werden, der insbesondere den Aufbau und die Unterschiede der räumlichen Planung in den DDR-Bezirken von der ausklingenden Ulbricht-Ära bis zum Ende der DDR berücksichtigt.

Dieser Werkstattbericht entstand innerhalb des Kooperationsprojektes „Territorialplanung in der DDR“ der vier raumwissenschaftlichen Institute der Leibniz-Gemeinschaft (WGL) unter Federführung des Leibniz-Instituts für Länderkunde.¹ In der Arbeitsgruppe kommen Planer, Zeitzeugen und Wissenschaftshistoriker zusammen und diskutieren und arbeiten insbesondere auf

einer alltagshistorischen Ebene, ohne dabei den Blick auf die fachhistorischen, zeithistorischen und deutsch-deutschen Bezüge aus den Augen zu verlieren. Das vorrangige Ziel besteht in einer Quellenerhebung, Dokumentation und vergleichenden historischen Analyse der Geschichte der Territorialplanung in den Bezirken der DDR. Der bisherige Schwerpunkt der Arbeit lag zunächst auf einer zwischen August 2003 und Juli 2004 durchgeführten umfangreichen Reihe von Experteninterviews mit Zeitzeugen aus allen ehemaligen Büros für Territorialplanung, den Bezirksplankommissionen und der Staatlichen Plankommission. Die mit diesem Arbeitsschritt zusammengetragenen Originalquellen stellen nun einen reichen Fundus für weitere planungs- und zeitgeschichtliche Projekte dar. Mit dem Querschnitt der Zeitzeugen aus verschiedenen Generationen, Leitungsebenen und Bezirken lässt sich, ergänzt durch gedruckte und archivalische Quellen², nunmehr ein sehr differenziertes Bild der Territorialpla-

¹ Zur Arbeitsgruppe vgl. SCHELHAAS 2004, zur Vorgeschichte AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG 2000 und GRIMM 2000.

² Die behördlich überlieferten Aktenbestände der DDR-Planungsinstitutionen sind in unterschiedlicher Überlieferungsdichte im Bundesarchiv und in den Landes- und Staatsarchiven der neuen Bundesländer nachgewiesen. In der Wendezeit kam es jedoch in allen Bezirken zu teilweise erheblichen Aktenvernichtungen. Eine systematische Recherche nach relevanten schriftlichen und kartographischen Quellen ist unabdingbar für eine tiefergehende geschichtswissenschaftliche Rekonstruktion.

nung in der DDR rekonstruieren und an den bestehenden Forschungsstand anschließen.

Wie in vielen Lebens- und Arbeitsbereichen auch, muss bezüglich der Raumplanung festgestellt werden, dass die „Wiedervereinigung“ von Planungsinstitutionen, aber auch die Zusammenführung von Personen und Inhalten, von methodischen und theoretischen Ansätzen sowie die raumordnungsrechtliche Überführung nicht ohne Probleme verlief. Eine quellengestützte historische Beschäftigung mit der jüngeren Vergangenheit kann daher mit dazu beitragen, einigen vorherrschenden Vorurteilen und einer Unkenntnis über die DDR-Geschichte zu begegnen und somit einen Beitrag zur deutsch-deutschen Verständigung unter Geographen und Raumplanern zu leisten. Am Anfang einer planungs- und kulturhistorischen Analyse der Territorialplanung sollten jedoch die Erhebung, Sicherung und Aufbereitung des umfangreichen Quellenmaterials aus dem unmittelbaren Umfeld der Mitarbeiter der planungsrelevanten Institutionen stehen. Dies war und ist Grundanliegen der Arbeitsgruppe.

Die wissenschaftliche und historische Beschäftigung mit der räumlichen Planung in der DDR setzte bereits in den 1950er Jahren in beiden deutschen Staaten ein. Verstärkt in den 1970er und 1980er Jahren wurden eine Vielzahl von systematisierenden und programmatischen Abhandlungen zum Thema vorgelegt, die den relativ hohen Stellenwert der Territorialplanung innerhalb der DDR unterstreichen (u.a. BÖHNISCH/MOHS/OSTWALD 1976; KALISCH 1977 und 1979; KEHRER 1982; KLAPPROTH 1983). In der Bundesrepublik verfolgten besonders Helmut Lehmann, Frank Werner und Christoph Wurms aus Sicht der vergleichenden Deutschlandforschung und mit einer persönlich erworbenen Sachkenntnis die Entwicklung der Territorialplanung in der DDR (LEHMANN 1963, 1965, 1970; WERNER 1975, 1985; WURMS 1976; vgl. auch GOERG 1975 und HEIN 1976).

Nach 1990 begann schließlich ein regelrechter Boom der DDR-Forschung, der auch die Planungsgeschichte berührte. Eine umfangreiche Literatur liegt mittlerweile

zur Geschichte von Architektur und Städtebau in der DDR vor, die auch randlich die Geschichte der Territorialplanung streift (z.B. BARTH 1998, 1999, 2001; HEIL 1992; INSTITUT FÜR REGIONALENTWICKLUNG UND STRUKTURPLANUNG 1998). Als ein Zentrum der Forschung erwies sich dabei das Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung mit seinen reichhaltigen Sammlungen zur DDR-Architektur- und Planungsgeschichte. Ausführliche Studien zur Geschichte der Territorialplanung wurden insbesondere von BEHRENS (1997), ECKART (1998) und ECKART, KEHRER und SCHERF (1998) vorgelegt. Zudem erarbeiteten auch die ehemaligen DDR-Planer selbst mehrere historische Rückblicke (AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG 2000; KEHRER 2000; KIND 1995, 1997; LOTZMANN und SCHERF 2005; OKONNEK 1999).

2 Neuanfang, Aufbau und Institutionalisierung der Raumplanung in der DDR (1945–1965)

Die Regionalplanung der ersten Nachkriegszeit in der Sowjetischen Besatzungszone war, wie in den westlichen Zonen auch, geprägt durch eine Wiederaufbauplanung für die stark zerstörte Infrastruktur.³ Zunächst galt es, eine provisorische Grundversorgung der Bevölkerung im Nachkriegschaos zu ermöglichen. Im Gegensatz zu den westlichen Besatzungszonen setzte die sowjetische Besatzungsmacht jedoch unverzüglich ihr System der zentralen Planwirtschaft durch – auch um den Fluss von Reparationen in die Sowjetunion zu gewährleisten. Die mit aller Härte durchgeführte Bodenreform, die Kollektivierungen, Verstaatlichungen und Enteignungen leiteten diesen radikalen Umbau ein.

Die Regional- und Landesplanung hatte innerhalb der Sowjetischen Militärverwaltung und den deutschen Zentralverwaltungen zunächst keine eigenständige Einbindung. Erst mit der Landesplanungsstelle der

³ Zu den Anfängen der Landesplanung in der SBZ und in der DDR vgl. KEHRER 1998 und ausführlich BEHRENS 1997.

Deutschen Wirtschaftskommission wurden 1948 erste institutionelle Schritte einer zentralen Raumplanung für das gesamte Gebiet der kurze Zeit später gegründeten DDR eingeleitet. In der Aufbauphase lag der Hauptteil der räumlichen Planungsverantwortung auf der Ebene der Kommunen, Kreise und besonders der Länder, die bis 1952 bestanden und eigene Landesplanungsstellen unterhielten. Daneben existierten noch die kurzlebige Hauptabteilung Landesplanung innerhalb des Ministeriums für Aufbau bzw. Bauwesen und das Referat für Landesplanung beim Ministerium für Planung der DDR.

Ab Ende 1949 wurden das gesamte Planungswesen und die zentrale langfristige Wirtschaftslenkung in der DDR innerhalb der Staatlichen Plankommission (SPK) konzentriert und somit nach sowjetischem Vorbild zu einem entscheidenden Instrument für den „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR.⁴ Innerhalb der SPK entstand 1951 auch die Abteilung Regionalplanung⁵, in der die zentrale räumliche Planung für das DDR-Territorium und besonders ausgewählte Einzelprojekte koordiniert wurden. Der Staatsapparat war indes komplett gesteuert von der nun alles bestimmenden SED. Alle Entscheidungen kamen somit zunächst in den entsprechenden Parteigremien zur Abstimmung. Dieses System führte zu einer bürokratischen und alltagspraktischen Doppelhierarchie, die im Verbund mit weiteren Massenorganisationen das Leben und Arbeiten in der DDR bis zu ihrem Untergang bestimmte. Neben dieser staatlichen Hierarchieebene spielten jedoch für alle Entscheidungen, auch für jene über die räumliche Planung, persönliche Handlungsmotive und Netzwerke eine große Rolle. In

⁴ Die SPK ist hervorgegangen aus der Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung der Deutschen Wirtschaftskommission und dem kurzlebigen Ministerium für Planung der DDR. Bis heute gibt es keine umfassende Abhandlung über die Geschichte der SPK. Aufschlussreich ist jedoch die Autobiographie des langjährigen Vorsitzenden Gerhard Schürer (SCHÜRER 1996). Für die letzte Phase vgl. KLOPPER 1990.

⁵ Bemerkenswert ist die Begriffsgeschichte der räumlichen Planung in der DDR von Landes-, Regional- und Gebiets- zur Territorialplanung.

der DDR entwickelte sich somit ein kompliziertes Gesellschaftsgeflecht mit unterschiedlichen Spielarten.

Die 1950er Jahre standen ganz im Zeichen der Erfüllung des 1. Fünfjahrplans (1951–1955). Das ehrgeizige, aber utopische Ziel der SED-Führung bestand in einer Verdopplung der Industrieproduktion, einer erheblichen Steigerung der Arbeitsproduktivität und dem Ausbau der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Die Metallurgie, die Grundstoff- und Schwerindustrie und der Maschinenbau wurden zu Schlüsselindustrien erklärt. Zu den frühen Großprojekten, die nun auch ein Mindestmaß an räumlicher Gebietsplanung voraussetzten, gehörten der Bau der Stalinallee in Ost-Berlin, die Errichtung der sozialistischen Planstädte Stalinstadt (Eisenhüttenstadt), Hoyerswerda⁶ und Schwedt, die Eröffnung der Maxhütte in Unterwellenborn sowie die Förderung der Wismut-Produktion im Auftrag der Sowjetunion.⁷

Nach der 1952 erfolgten Auflösung der Länder und Bildung der Bezirke⁸ ging die Verantwortung für die regionale Planung auf die Räte der Bezirke und deren Referate für Regionalplanung, sowie die Kreis- und Stadtplankommissionen über.⁹ Der Planungsschwerpunkt lag zunächst besonders in der Siedlungs- und Wohnraumplanung.

Auf Bezirksebene entstanden nun die Entwurfsbüros für Hochbau bzw. Hochbauprojektierung, mit eigenen Abteilungen für Stadt- und Dorfplanung. Hieraus wurden ab

⁶ Die Gründung der Großwohnsiedlung Hoyerswerda war eine Reaktion auf das ab 1955 errichtete Braunkohlenveredelungswerk „Schwarze Pumpe“ in Spremberg.

⁷ Der Wismut-Abbau war insbesondere in der Region Aue-Schwarzenberg und in Ronneburg konzentriert.

⁸ Die Länder Brandenburg Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurden 1952 in die Bezirke Cottbus, Dresden, Erfurt, Frankfurt/O., Gera, Halle, Karl-Marx-Stadt, Leipzig, Magdeburg, Neubrandenburg, Potsdam, Rostock, Schwerin, Suhl sowie die Hauptstadt Ost-Berlin überführt.

⁹ Erst 1961 wurden die Bezirksplankommissionen gebildet, die für die zentrale Plankoordination im Bezirk zuständig waren. Sie unterstanden dem jeweiligen Rat des Bezirkes und wurden zugleich von der Staatlichen Plankommission angeleitet. Unbestreitbare Autoritäten waren jedoch die Bezirksleitungen der SED und ihr verzweigter Apparat.

1954 die Entwurfsbüros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung in allen DDR-Bezirken gebildet. Die Hauptaufgabe der Büros bestand in der Entwicklung und Durchführung der technisch-gestalterischen Gebietsplanung, v.a. in Form von Standortplanungen ausgewählter Investitionsvorhaben. Der Terminus „Territorialplanung“ war noch nicht in Gebrauch. Erst Ende der 1950er Jahre konnte sich allmählich auch eine komplex-territoriale Gebietsplanung durchsetzen, die zu einem ersten Aufschwung der Territorialplanung führte.

Das am 21.03.1957 vom DDR-Ministerrat verabschiedete Kohleprogramm war das erste nationale komplexe Wirtschaftsprojekt der DDR und sollte v.a. die Lücken in der Energieversorgung durch die Erschließung neuer Braunkohlenreserven und die Errichtung neuer Kraftwerke kompensieren. Anfang November 1958 folgte das Chemieprogramm. Unter der Direktive „Chemie gibt Brot, Wohlstand und Schönheit“ bestand das ausgerufene Ziel in einer Verdopplung der chemischen Produktion bis 1965. Eine gezielte räumliche Planung war bei diesen Großunternehmen zunächst nicht zu erkennen.

Anfang der 1960er Jahre erkannten die SED-Funktionäre mehr und mehr die Notwendigkeit einer übergeordneten räumlichen Planung, als ein Instrument, mit dem zur erfolgreichen Planerfüllung und Produktivitätssteigerung beigetragen werden sollte. Zwischen 1958 und 1960 wurden im Auftrag der SPK durch die Entwurfsbüros entsprechende Bezirksökonomiken erarbeitet, um die Raumplanung nun rationeller in den Dienst der Volkswirtschaftsplanung zu stellen.¹⁰ Hierzu wurde auch ein System von

Plankennziffern durchgesetzt, um den Planungsprozess methodisch-theoretisch zu unterfüttern. Neben der Förderung dieser Gebietsökonomiken gab es aber immer noch die standortgebundenen Zweigökonomiken. Dieser Dualismus zwischen sektoraler und investitionsabhängiger Standortplanung, und einer bezirksweiten Gebietsplanung und übergeordneten Bilanzierung, beherrschte die Entwicklung der Territorialplanung in der DDR von ihren Anfängen in den 1960er Jahren bis zum Ende.

Nach dem VI. Parteitag der SED Anfang 1963 kam es zu grundlegenden Umstrukturierungen innerhalb der DDR-Wirtschaftspolitik. Besonders das nun bestimmende „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung“ (NÖSPL) hatte Konsequenzen für die räumliche Planung in der DDR (MÜLLER 1966). Die Planer versuchten besonders durch Berechnung des „Gebietswirtschaftlichen Aufwands“ die Gebiets- und Standortplanung zu optimieren und so die Wirtschaftsreformen zu unterstützen (KEHRER 1998; LINDENAU 1968). Der Schwerpunkt lag nun auf einer sektoralen Planung nach den Vorgaben der Wirtschaftsstruktur, mit einem größeren Handlungsspielraum der Akteure in den Betrieben und Verwaltungen auf der regionalen und lokalen Ebene. Mit dem „Beschluss des Ministerrats der DDR über die Anwendung der Grundsätze des Neuen Ökonomischen Systems der Volkswirtschaft im Bauwesen“ (14.06.1963) und der „Richtlinie der Zusammenarbeit zwischen der Staatlichen Plankommission und dem Ministerium für Bauwesen sowie deren Organen in den Bezirken, Kreisen und Städten bei der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung“ (15.10.1963) wurde der neue Kurs manifestiert. Der bereits 1966 wieder aufgelöste Volkswirtschaftsrat und der langfristige Perspektivplan 1963–1967 führten, ebenso wie das Nachfolgeprogramm „Ökonomisches System des Sozialismus als Gesamtsystem“ schnell zum Misserfolg. Die Vorgaben einer Dezentralisierung der Wirtschaftsstruktur, mit einer Selbstregulierung in der Produktion, brachten nicht die gewünschte Qualitätssteigerung. Zudem

¹⁰ „Die Bezirksökonomik hatte einen sehr komplexen Aufbau. Nach Gliederungsvorgaben durch die Staatliche Plankommission wurde sie in vier Teilen erarbeitet: 1. Tabellen zu den territorialen Ressourcen, zur vorangegangenen Entwicklung und zum Stand weiterer für die ökonomische Entwicklung im Bezirk relevanter Positionen, 2. Textschätzung zur Analyse, 3. Karten und Grafiken, 4. Schlussfolgerungen für die Entwicklung, d.h. Ansatzpunkte für die Erreichung höherer Komplexität oder Überwindung von Rückständen im Bezirk und ausgewählten Teilgebieten.“ (Interview Cottbus, I 1; die Signaturen verweisen auf das Quellenverzeichnis im Anhang).

fürchtete die SED, den alleinigen Machtanspruch durch die Deregulierungen zu verlieren. Der neue Perspektivplan 1966–1970 setzte wie zuvor auf eine Zentralisierung und Stärkung der politisch dominierten Zentralverwaltungswirtschaft mit einer komplex-territorialen Planung. Mit Beginn der Honecker-Ära herrschte in den 1970er und 80er Jahren nun wieder das vorherige, an einer strikten Mengenplanung ausgerichtete zentralistische Planwirtschaftssystem, welches letztendlich zum Bankrott der DDR-Volkswirtschaft geführt hat. Die Reformversuche waren gescheitert – die Institutionalisierung der Territorialplanung wurde jedoch durch die Wirtschaftsreformen bestärkt und eine dynamische Phase eingeleitet.

Mit dem 1960 innerhalb der SPK gegründeten Ökonomischen Forschungsinstitut (ÖFI) bekam die Territorialforschung und -planung ein wissenschaftliches Zentrum, war jedoch stark ökonomisch und weniger geographisch ausgerichtet. In den 1960er Jahren bildeten sich hier einflussreiche Arbeitsgremien, so der „Wissenschaftliche Rat für die Vervollkommnung der Planung und wissenschaftlichen Rechnungsführung“, die „Forschungsgemeinschaft Nordgebiet“ unter Leitung von Otto Rühle und die „Forschungsgemeinschaft Ballungsgebiete“ unter der Leitung von Gerhard Mohs. Die beiden Forschungsgemeinschaften sollten mit dazu beitragen, der Zielvorstellung eines regionalen Disparitätenausgleichs näher zu kommen. Die Industrialisierung der Nordgebiete und die Dekonzentration und Rationalisierung der Ballungsgebiete, v.a. in den Südbezirken der DDR, gehörten zu den Maßnahmen einer großräumigen Standortpolitik, die jedoch nur teilweise zum gewünschten Erfolg führten.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die große Übereinstimmung der Leitbilder in beiden deutschen Staaten. Die Schaffung von gleichwertigen Lebensbedingungen durch eine Minderung von regionalen Disparitäten, eine Sicherstellung eines Angebots der Grunddaseinsfunktionen und der Ausbau eines zentralörtlichen Sied-

lungssystems¹¹ waren die Grundpfeiler der Planung. Die Planungsmethodik, die Planumsetzung und die Formen der Bürgerbeteiligung unterschieden sich jedoch erheblich.

Das erste große raumplanerische Vorhaben der DDR mit Modellcharakter war das 1962/63 unter Führung von Karl-Heinz Kalisch erarbeitete und vom Ministerrat beschlossene Gebietsentwicklungskonzept Schwedt.¹² Der für die DDR-Wirtschaft und darüber hinaus für den RGW exponierte Produktionsstandort der industriellen Erdölverarbeitung hatte höchste Priorität – erstmalig konnten hier die Raumplaner eine große Planungsgrundlage erarbeiten und somit einen wichtigen Schritt auf dem Weg der Etablierung der Territorialplanung in der DDR setzen. Das Gebietsentwicklungskonzept war damit wichtiger Grundstein auf dem Weg zur Gründung der Büros für Territorialplanung nur kurze Zeit später.¹³

Unter Leitung von Hans Roos¹⁴ wurde 1963 die Abteilung Territoriale Planung innerhalb des Ökonomischen Forschungsinstituts installiert, aus der sich 1971 schließlich die Forschungsleitstelle für Territorialplanung (FLS) entwickelte.¹⁵ Die

¹¹ In der DDR-Planung gab es sieben Siedlungskategorien, von der Hauptstadt Ost-Berlin bis hin zu Kleinsiedlungen mit unzureichenden Lebensbedingungen.

¹² Das Gebietsentwicklungskonzept Schwedt wurde maßgeblich vom Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Frankfurt/O., gemeinsam mit dem Ökonomischen Forschungsinstitut der SPK und der Bauakademie erarbeitet. Einzelheiten hierzu bei KALISCH 1979, S. 150 und in den Interviews Bezirk Frankfurt/O. Zur Stadtentwicklung und Planungsgeschichte von Schwedt vgl. aktuell SPRINGER 2006.

¹³ „Ja, so ist das [BIT Frankfurt/O.] entstanden, und der Geburtshelfer war damals der Ministerratsbeschluss Gebietsprogramm Schwedt. Für alle, nicht nur bloß für Frankfurt, für alle.“ (Interview Frankfurt/O., I 2).

¹⁴ Hans Roos gehörte neben Gerhard Schmidt-Renner zu den ersten Vordenkern einer wissenschaftlich-geographischen Territorialforschung in der DDR. Bereits 1955 erschien seine Dissertation über die Regionalplanung in der DDR (Roos 1955).

¹⁵ Kurzzeitig fungierte die Abteilung auch als „Sektion Territoriale Struktur- und Systemforschung“ unter Leitung von Hans Roos und mit den Mitarbeitern Heinz Lüdemann, Werner Ostwald und Konrad Scherf. Anfang Januar 1971 nahm die „Leitstelle für Territorialökonomie“ innerhalb des ÖFI seine Arbeit auf, aus der dann wenig später die FLS hervor ging. Die FLS wurde bis zu ihrer Auflösung von Werner Ostwald geleitet. In den

Forschungsleitstelle unterstand dem Stellvertreterbereich Territorialplanung der SPK, der von Richard Müller geleitet wurde, und war von nun an die wichtigste Anlaufstelle und z.T. auch Auftraggeber für die Territorialplanung in der DDR. Neben theoretischen und analytisch-prognostischen Arbeiten zur Territorialplanung¹⁶ und zur Planungsmethodik wurden innerhalb der Forschungsleitstelle auch sektorale Fachplanungen und Großprojekte, wie die Bevölkerungsvorausberechnungen und die „Standortverteilung der Produktivkräfte“¹⁷ koordiniert. In zahlreichen Arbeitsgruppen kamen Wissenschaftler, Planer und Funktionäre unter dem Dach der Forschungsleitstelle zusammen. Dieser interdisziplinäre Erfahrungsaustausch wurde, wie die Zeitzeugeninterviews belegen, von den Territorialplanern als durchweg positiv und bereichernd eingeschätzt.

3 Die Büros für Territorialplanung

Anfang 1965¹⁸ wurden aus den Abteilungen für Gebietsplanung der Entwurfsbüros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung die Büros für Territorialplanung (BfT) als nachgeordnete Einrichtungen der Bezirksplankommissionen (BPK) gebildet.¹⁹ Einen Sonderfall

Anfangsjahren wirkten hier v.a. die beiden Stellvertreter Gisela Lindenau und Konrad Scherf. Vgl. hierzu Interview Staatliche Plankommission, I 3.

¹⁶ Hierzu zählen insbesondere die vielfältigen Modellrechnungen zur Territorialentwicklung, Berechnungen zum Gebietswirtschaftlichen Aufwand und territoriale Nettoproductbilanzierungen in verschiedenen Maßstäben bis hin zur Kreisebene. Vgl. hierzu Interview Staatliche Plankommission, I 3.

¹⁷ Bereits 1965 konstituierte sich der „Arbeitskreis zur Ausarbeitung der Grundfragen der optimalen Standortverteilung und der rationellsten Formen der territorialen Organisation“. Später führte die Prognosegruppe „Rationelle Standortverteilung der Produktivkräfte in der DDR“ innerhalb der FLS diese Arbeit weiter. 1978 konnte die „Konzeption zur Standortverteilung der Produktivkräfte“ vorgelegt werden, 1983 schließlich das umfassende „Generalschema zur Standortverteilung der Produktivkräfte“.

¹⁸ Bemerkenswert ist die verzögerte Gründung des BfT Suhl, die erst 1967 vollzogen wurde. Vgl. Interview Suhl, I 4.

¹⁹ Zur Entwicklung des Cottbuser Büros vgl. LOTZMANN und SCHERF 2005, zu Karl-Marx-Stadt vgl. HECKER

stellte das BfT in Ost-Berlin dar, welches ab 1971 direkt in die Bezirksplankommission der Hauptstadt integriert und somit nicht nachgeordnet war. Neben den BfT entstanden die organisatorisch getrennten Büros für Verkehrsplanung und aus den Abteilungen für Dorf- und Stadtplanung die Büros für Stadtplanung bzw. Städtebau.²⁰ Auf der unteren Ebene waren die Kreisplankommissionen für die räumliche Planung zuständig²¹. Schließlich gab es noch verschiedene kommunale Institutionen, u.a. die Stadtarchitekten in den größeren Städten, die mit der räumlichen Planung auf lokaler Ebene beauftragt waren.

Die bezirkliche Territorialplanung war mit Gründung der BfT im komplexen Institutionengefüge der DDR-Planung verankert. Neben der Unterstellung unter die Bezirksplankommissionen war auch die Verbindung zur Staatlichen Plankommission und zur Forschungsleitstelle bestimmend. Schließlich waren auch im Bereich der Territorialplanung die Auswirkungen der Doppelhierarchie zwischen Staat und Partei unumgänglich und führten zu oftmals zwischenmenschlichen und bürokratischen Problemen. Der folgende kurze Interviewauszug verdeutlicht die Situation: „Wegen meiner Parteilosigkeit hatte ich allerdings selten Zugang zu politisch entscheidenden Gremien. ... Aber in den 1980er Jahren wurden die Büros für Territorialplanung wie der Staatsapparat behandelt, zumindest was die Kaderpolitik anging. Auch in den Büros für Territorialplanung wurden nur noch SED-Mitglieder eingestellt. Ich war halt als Parteilose noch da, das war gelegentlich etwas schwierig. Aber der Zusammenarbeit mit den anderen Kollegen und „Genossen“ und der Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen hat das eigentlich keinen Abbruch getan.“ (Interview Suhl, I 4).

2000, zu Leipzig vgl. BLAUROCK 2001 und 2003, zu Potsdam vgl. KARN 2004, zu Schwerin vgl. KIRSCHKE 2000.

²⁰ Daneben existierten auf Bezirksebene die sogenannten Bezirksarchitekten mit einem eigenen Mitarbeiterstab.

²¹ Zur Planung auf Kreisebene vgl. SCHMIDT 2000.

Die BfT fungierten in allen Bezirken als wissenschaftlich-technische Zentren für alle Fragen der mittel- und langfristigen räumlichen Planung und arbeiteten an diversen Entscheidungsvorbereitungen für die Bezirksplankommissionen, die Forschungsleitstelle u.a. Auftraggeber. Sie waren die institutionelle Basis für die bezirkliche Planentwicklung und Plandurchführung und Teil der staatlich gelenkten Auftragsforschung in der DDR. Die aus dem Bauwesen heraus entwickelte technisch-gestalterische Territorialplanung, die bisher in den Entwurfsbüros betrieben wurde, bekam mit den BfT nun eine volkswirtschaftlich, d.h. planwirtschaftlich und zentralistisch bestimmte Dominanz.

In den 1960er Jahren war die Trennung zwischen einer Vorhaben bezogenen Standortplanung, meist unter dem Namen Programmplanung, und einer bezirklichen Gebietsplanung auch organisatorisch erkennbar. So heißt es für die Anfangszeit des BfT in Gera: „Die Brigade Gebietsplanung beschäftigte sich mit den regionalen Problemen im gesamten Bezirk Gera. Das waren also die großräumigen Zusammenhänge und territorialen Gegebenheiten, die hier untersucht wurden. ... Die Aufgaben der Brigade Programmplanung waren auf örtlich begrenzte Räume gerichtet.“ (Interview Gera, I 5).

Die hauptsächliche Aufgabenstellung der Bezirksplankommissionen und somit auch der BfT bestand gemäß den Beschlüssen der SED in einer Erarbeitung von Plänen²², v.a. für die Jahres- und Fünfjahrpläne, und in einer Perspektivplanung für den Bezirk. Die politischen und ökonomischen Vorgaben kollidierten nicht selten mit den Prognosen, Projektierungen und Ergebnissen der Territorialplaner. Eine Planungsdiskussion war jedoch mühsam, in vielen Fällen auch unmöglich. Der Zeitzeu-

ge aus dem BfT Suhl unterstreicht: „... Dass Entscheidungen dann oft von Parteileitungen, Bezirksleitung oder Kreisleitung [der SED] gefällt wurden und nicht den fachlichen Gutachten entsprachen, ist allgemein bekannt. Das war systembedingt halt so. ... Das BfT in Suhl stand zeitweise politisch sehr in der Kritik von Seiten der Bezirksplankommission.“ (Interview Suhl, I 4).

Im Gegensatz zur Bundesrepublik gab es keine rechtliche Bindung der Territorialplanung in der DDR. Die Ausgestaltung und Umsetzung der Planvorgaben war vielmehr abhängig von den Vorstellungen der entsprechenden Staats- und Parteigremien im Bezirk, bzw. im ZK der SED, dem Politbüro und dem Ministerrat der DDR.²³ Ein ehemaliger Planer aus dem Bezirk Erfurt fasst die begrenzten Möglichkeiten des BfT treffend aus der heutigen Perspektive zusammen: „Ich glaube, das Büro war fachlich gefragt. Die Entscheidungen konnte das Büro immer dann beeinflussen, wenn es a) wirtschaftlich vertretbar war, also umgesetzt werden konnte. Das war nicht immer der Fall. Und b) unter der Voraussetzung, dass es politisch gewollt war. Da bestand auch nicht immer Übereinstimmung. Politische Entscheidungen fielen oftmals anders [aus]. Und die Ergebnisse der Büros für Territorialplanung waren insgesamt deshalb begrenzt, weil die wirtschaftlichen Möglichkeiten weit hinter dem zurück hinkten, was notwendig und sinnvoll gewesen wäre.“ (Interview Weimar, I 7).

Trotz des verordneten Zentralismus und der gelenkten Planwirtschaft gab es aber z.T. erhebliche Unterschiede in der Arbeit der einzelnen BfT. Erst 1977 trat ein Rahmenkollektivvertrag für die BfT in Kraft und sorgte für eine relativ einheitliche Verbindlichkeit der Arbeits- und Lohnbedingungen.

²² Das Normalverfahren der Planaufstellung entsprach folgendem Ablauf: 1. Erarbeitung des Planentwurfs durch das BfT für die BPK, 2. Genehmigung durch das Sekretariat der SED-Bezirksleitung, 3. Genehmigung durch die SED-Bezirksleitung, 4. Genehmigung durch den Rat des Bezirkes, 5. Genehmigung durch den Bezirkstag.

²³ Der Zeitzeuge aus dem BfT Neubrandenburg bestätigt: „Aufgabengebiete im Sinne eines Gesetzes hatten wir natürlich keine. Es war dem Bezirk, der Bezirksplankommission überlassen, was wir machten. Und das war dann auch entsprechend sporadisch. Also in erster Linie wurden Aufträge für die BPK erarbeitet, v.a. zur Fünfjahresplanung und zur Jahresplanung.“ (Interview Neubrandenburg, I 6).

Die Mitarbeiter der BfT kamen aus unterschiedlichen Fachdisziplinen, v.a. aus der Ökonomie, Geographie, Kartographie, Stadtplanung, dem Bauwesen, aus der Architektur und Landschaftsplanung und der Landwirtschaft. Die Fachleute der ersten Planergeneration, die in den 1960er Jahren in die BfT eintraten, hatten oftmals ein Fachstudium an der Hochschule für Bauwesen in Cottbus absolviert.²⁴ Hier gab es ab Mitte der 1950er Jahre die Studiengänge „Technische Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung“ und „Städtischer Ingenieurbau“. Nach der Schließung der Cottbuser Hochschule übernahmen ab 1963 die Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar (GRÜNEWALD u. HEIDENREICH 1990; KIND 1996) und die Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst (HOCHSCHULE FÜR ÖKONOMIE 1982) einen Teil der akademischen Planerausbildung, verstärkt auch im Rahmen von postgradualen Studien, Fernstudiengängen und anderen Weiterbildungen.

Die Aufgabengebiete und die methodischen Herangehensweisen innerhalb der BfT waren durch die Mischung der Berufsparten interdisziplinär und sehr breit angelegt. Im Gegensatz zur Regionalplanung in der Bundesrepublik war die Arbeitsweise jedoch stärker geographisch und ökonomisch, und weniger raumordnerisch ausgerichtet. Ein formelles Planverfahren mit einer Abwägung aller Belange und einer gesicherten Bürgerbeteiligung gab es in der DDR nicht.

Der institutionelle Aufbau der BfT war in den einzelnen Bezirken unterschiedlich und änderte sich in den 25 Jahren bis zu deren Auflösung mehrfach. Besonders die Siedlungsentwicklung, die Produktionsstruktur und die Technische Infrastruktur spielten eine herausragende Rolle, die z.T.

²⁴ Bereits 1948 wurde die Landeshochbauschule Cottbus gegründet, die 1953 zur Hochschule für Bauwesen erweitert wurde. Daneben gab es in der DDR die Hochschulen für Bauwesen in Leipzig und Dresden sowie mehrere Fachschulen, an denen Bauwesen gelehrt wurde (etwa in Blankenburg/Harz, Neustrelitz und in Wismar). Im Zuge der III. Hochschulreform der DDR entstand 1969 die Ingenieur-Hochschule Cottbus, aus der 1991 schließlich die Brandenburgische Technische Universität Cottbus hervorging.

in eigenen Abteilungen bzw. Brigaden bearbeitet wurden.²⁵

Die vorrangigen Aufgaben der BfT waren, in jedem Bezirk mit einer eigenen Gewichtung, besonders:

1. *Untersuchungen zur allgemeinen Territorialstruktur*

Dies umfasste insbesondere eine Zuarbeit zur Langfristigen Planung des Bezirkes und eine teilweise sektoral ausgerichtete Prognoseplanung und Vorbilanzierung, insbesondere zur Bevölkerungsentwicklung, zur Siedlungsstruktur, zum so genannten „gesellschaftlichen Arbeitsvermögen“ und zum Wohnungsbau. In den BfT wurden ab den 1960er Jahren daneben auch umfangreiche Bezirksperspektivpläne und Gebietsprogramme erarbeitet.

2. *Standortplanung von Investitionsvorhaben*

I.d.R. wirkten die BfT beratend, z.T. auch verantwortlich bei den Standortverfahren mit²⁶ und erarbeiteten Entscheidungsgrundlagen, Varianten und Standortbestätigungen im Auftrag der Bezirksplankommission.²⁷ Standortstudien waren meist Vorhaben bezogen, Standortkonzeptionen umfassten hingegen ein großräumiges Gebiet oder

²⁵ Beispiel: Im BfT Karl-Marx-Stadt entstanden 1965 zunächst die Brigaden Gebietsplanung und Standortplanung. Anfang der 1970er Jahre erfolgte eine Umwandlung in die Abteilungen Siedlungsstruktur und Produktionsstruktur. 1978 kam noch die Abteilung Technische Infrastruktur und Planungskataster hinzu. Vgl. HECKER 2000. Im BfT Suhl gab es hingegen in der Endphase nur die beiden Arbeitsbereiche Produktions- und Technische Infrastruktur und Soziale Infrastruktur/Bevölkerungsentwicklung. Vgl. Interview Suhl, I 4.

²⁶ Im Bezirk Cottbus war die Mitwirkung an den Standortverfahren besonders intensiv: „Das BfT war grundsätzlich in alle Standortverfahren auf Bezirks- und Kreisebene einbezogen. Die Verfahren auf Bezirksebene wurden unterschriftsreif für den Vorsitzenden der Bezirksplankommission im BfT erarbeitet. In der Mehrzahl der Fälle sind dazu spezielle, vielseitig abgestimmte Studien erarbeitet worden ... Zur Erarbeitung der Stellungnahmen und Studien wurden Objektkollektive aus den jeweils fachlich zuständigen Mitarbeitern des BfT gebildet.“ (Interview Cottbus, I 8). Vgl. auch RAT DES BEZIRKES COTTBUS 1979.

²⁷ Der Zeitzeuge aus dem Bezirk Erfurt nennt als Beispiele aus diesem Arbeitsbereich: „Untersuchungen zur Einordnung von Baugebieten, Industrie- und Lagerobjekten, Verkehrsstrassen sowie Anlagen und Trassen der Technischen Infrastruktur“ (Interview Weimar, I 7).

auch den gesamten Bezirk. Strukturanalysen und Modellrechnungen spielten in der Arbeit eine große Rolle.

3. Bezirksweite Fachplanungen

Die BfT waren an den meisten Fachplanungen im Bezirk in unterschiedlicher Gewichtung beteiligt. Insbesondere zur Siedlungsstruktur und Siedlungsnetzplanung, zur Bevölkerungsvorausberechnung, zur Technischen und Sozialen Infrastruktur, zur Kohle- und Energieplanung, zur Produktionsstruktur (Industrie und Landwirtschaft), zur Landschaftsplanung²⁸ und Umweltschutz und zur Erholungsplanung wurden maßgebliche Beiträge geleistet.

4. Aufbau und Laufendhaltung des bezirklichen Planungskatasters

Alle Planvorhaben wurden bezirkswweit über den zentralen Datenspeicher erfasst und bewertet. Das Planungskataster war somit Ergebnis der laufenden Raumbewachung und unverzichtbare Grundlage für die räumliche Planung im Bezirk (REINERS 1991).

Allen BfT gemeinsam war die fundierte interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Partnern aus anderen Fachressorts, aus der Wissenschaft, der Volksbildung und der Wirtschaft. Von besonderer Bedeutung waren die Kooperationen mit der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst, der Bauakademie der DDR und der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar. Zahlreiche Absolventen fanden in den BfT eine berufliche Heimat. Eine große Rolle spielte auch die berufliche Weiterbildung und die postgraduale Qualifikation der Planer.

Daneben gab es auch enge Kontakte mit den Hochschulsektionen, insbesondere mit den Geographen in Berlin, Dresden, Greifswald, Halle und Potsdam²⁹, mit dem Institut für Geographie und Geoökologie in Leipzig und dem Fachverband der Berufsgeogra-

phen der Geographischen Gesellschaft der DDR, der als wichtige Austausch- und Diskussionsplattform für Geographen und Planer fungierte (SCHELHAAS 2000).

Eine fachbezogene Zusammenarbeit ergab sich zwangsläufig mit diversen Kombinat, Versorgungsträgern und Fachbehörden der Bezirke (z.B. Abteilung Langfristige Planung oder Büro für Verkehrsplanung), Kreise und Kommunen, etwa im Bereich der Landwirtschaft³⁰, der Wasserwirtschaft, der Geologie, der Statistik und mit weiteren Investitionsträgern.

Die Zentralverwaltung für Statistik und die jeweiligen Bezirks- und Kreisverwaltungen für Statistik hatten ein Monopol in der Erhebung von Primärdaten in der DDR. Da eine Vielzahl von Informationen der Geheimhaltung unterlag, war die Zusammenarbeit mit den BfT nicht immer zufriedenstellend.³¹ Die Büros mussten daher einen erheblichen Teil ihrer Arbeitskapazität in die Beschaffung und Eigenerhebung von räumlich relevanten Daten investieren. Ein Zeitzeuge bestätigt die Problematik: „Die eigentliche Quelle, die uns hätte zur Verfügung stehen müssen, und teilweise auch stand, waren natürlich die Daten der Statistik. Diese hatte zwei Probleme. Das eine war, dass nicht immer das erfasst wurde, was wir gebraucht hätten. Und das zweite bestand darin, dass nicht immer alle Daten freigegeben wurden. Im Ergebnis mussten wir also selber den größten Teil unserer Grundlagen durch Eigenerfassung beschaffen.“ (Interview Weimar, I 7).

Neben der interdisziplinären Kooperation gab es eine teilweise enge Zusammenarbeit der einzelnen BfT untereinander und mit der Forschungsleitstelle oder direkt mit der Staatlichen Plankommission.

²⁸ Zur Landschaftsplanung in der DDR vgl. KARN 2004 und WÜBBE 1996.

²⁹ Nach der III. Hochschul- und Akademiereform (1968/69) war die Hochschulgeographie der DDR nur noch an den Universitäten Berlin, Greifswald und Halle sowie an den Pädagogischen Hochschulen in Dresden und Potsdam vertreten. Die Institute an den Universitäten in Jena, Leipzig und Rostock und an der TH Dresden wurden geschlossen.

³⁰ So gab es z.B. eine intensive Zusammenarbeit zwischen dem BfT Neubrandenburg und dem Wissenschaftlich-Technischen Zentrum des Rats des Bezirkes in Hohenzieitz zu allen Fragen der Agrarplanung und deren räumliche Auswirkung. Vgl. Interview Neubrandenburg, I 6 und KRENZ 1998.

³¹ Zur problematischen Einschätzung der Datenbasis aus westdeutscher Sicht vgl. WERNER 1980.

4 Beispiele aus der Arbeit der Büros für Territorialplanung

Die DDR war in vielen Bereichen durch eine nivellierte Gesellschaftsstruktur gekennzeichnet. Dennoch gab es z.T. erhebliche Differenzen und räumliche Disparitäten innerhalb der DDR, so ein unübersehbares Süd-Nord-Gefälle, das sich besonders in der Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur, aber auch im Industrialisierungsgrad niederschlug. Die Aufgabengebiete und die Struktur der BfT waren daher der spezifischen Struktur der Bezirke angepasst.

Der Bezirk Neubrandenburg war der typische Agrarbezirk in der DDR. Die Anforderungen und Probleme der intensiven und zunehmend industrialisierten Landwirtschaft spielten daher auch in der Arbeit des BfT Neubrandenburg eine große Rolle: „Die typischen Besonderheiten der Arbeit im Bezirk waren vorrangig die Berücksichtigung der gegebenen und zu entwickelnden Agrarstruktur, denn der Bezirk Neubrandenburg galt als Agrarbezirk. Aber von Berlin war natürlich auch eine gewisse Industrialisierung gewollt. Neubrandenburg sollte zwischen Ostseeküste und Berlin als Stadt möglichst eine Großstadt werden, also die 100.000 Einwohner erreichen, was nur durch weitere Ansiedlung von Industrie ging. Und natürlich sollte die Landwirtschaft zu einem Industriezweig entwickelt werden ...“ (Interview Neubrandenburg, I 6).

Daneben hatte der dünn besiedelte Bezirk aufgrund seiner natürlichen Potenziale einen Beitrag zum staatlich gelenkten Erholungswesen der DDR zu leisten (ALBRECHT 2000), insbesondere im Gebiet der großen Mecklenburger Seen. Noch deutlicher und traditionell gewachsen war das Erholungswesen an der gesamten Ostseeküste im Bezirk Rostock ausgeprägt. Hier war das BfT z.B. maßgeblich an der komplexen Planung für das Ostseebad Binz und an der Ausweisung von Vorbehaltsflächen in der gesamten Küstenregion beteiligt.

Alle Bezirke, besonders die Bezirke Potsdam und Frankfurt/O., waren mit Planungen für die Hauptstadt der DDR, Ost-Berlin befasst. Die Ausweisung von Wohn-

raum, von Naherholungsflächen und Kleingartenanlagen, aber auch die Bereitstellung der Technischen Infrastruktur (Kläranlagen, Mülldeponien, Kraftwerke, Wärmeversorgung u.a.) zählten zu den obersten Vorgaben der zentralistischen Territorialpolitik und führten oftmals zu Problemen und erweitertem Planungsbedarf in den angrenzenden Bezirken: „Da gab es ja Widerspruch. Die Berliner wollten den Müll los werden, aber sie wollten auch Erholung haben im Umland. ... Und da gab es schon so grobe Strukturen, territoriale, im Umland von Berlin. ... Da gab es auch Abstimmungen zu, in welchen Gebieten des Umlandes welche inhaltlichen Schwerpunkte lagen. Also, wo sollte Landwirtschaft weitestgehend noch bleiben, wo waren Erholungsschwerpunkte, wo war die ganze Sache der Entsorgung unterzubringen. Da gab es auch schon gewisse territoriale Strukturen und Abstimmungen mit den Berlinern.“ (Interview Frankfurt/O., I 2)

Das BfT Frankfurt/O. erarbeitete eine spezielle Erholungskonzeption, die die Anforderungen Berlins berücksichtigte. Im Zuge der Umsetzung des Wohnungsbauprogramms wurden teilweise ehemalige landwirtschaftliche Nutzflächen zur Errichtung von Neubaugebieten okkupiert, so z.B. in Ahrensfelde und Hönow.

Die Wohnraumfrage war in der gesamten DDR-Zeit und in unterschiedlicher Gewichtung in allen Bezirken ein gravierendes soziales und planerisches Problem, welches letztendlich auch nicht gelöst werden konnte. Den ehrgeizigen, aber zumeist unrealistischen Planvorgaben des serienmäßigen Wohnungsneubaus stand ein eklatanter Verfall der Altbausubstanz gegenüber. Die Territorialplaner versuchten oftmals ihren Beitrag zu einer raumverträglichen Verbesserung der Situation zu leisten, jedoch mit sehr unterschiedlichem Erfolg. Besonders in den dicht besiedelten Südbezirken und im direkten Berliner Umland hatte die Siedlungs- und Wohnraumplanung einen hohen Stellenwert in der Arbeit der BfT: „... einen absoluten Schwerpunkt ... spielte die Umsetzung des Wohnungsprogramms. Da ja die wirtschaftliche Entwicklung eine

relative, oder große Priorität bei der Territorialplanung hatte, war die Entwicklung ja immer gebunden an Wohnungsbaustandorte und die Realisierung dieser Wohnungsbaustandorte. Was hatte das aus Sicht der technischen Infrastruktur zur Folge? Welche Auswirkung bzw. erforderlichen Maßnahmen seitens der technischen Infrastruktur ergaben sich daraus? Also das war ein Prozess, der uns [im BfT Dresden] maßgeblich bestimmt hat.“ (Interview Dresden, I 9).³²

Ein elementares Anliegen der SED-Politik bestand in einer starken und gegen die Bundesrepublik gerichteten Autarkiepolitik. In der relativ rohstoffarmen DDR wurde dabei den Bereichen Bergbau und Energie besonders viel Aufmerksamkeit geschenkt. Der flächenmäßige Braunkohlenabbau war v.a. im Bezirk Cottbus Struktur bestimmend und prägte einen großen Teil der Arbeit im BfT (LOTZMANN und SCHERF 2005). Die Planungen im Kohle- und Energiebezirk Cottbus umfassten ein breites Spektrum, von der Standortplanung von Kraftwerken, über die Erschließung der Tagebaue bis hin zur Wiederurbarmachung und Rekultivierung der Bergbauflächen. Die Ausweisung von Bergbauschutzgebieten, die Inanspruchnahme vieler Siedlungen, des Naturraumes oder der gesamten Netze der Infrastruktur erforderten zudem weitreichende konzeptionelle Arbeiten. Mit fachlich fundierten Argumenten gelang es dem BfT, Einzelflächen und Siedlungen vor der Abaggerung zu bewahren. Dazu zählte etwa die Planungen für Cottbus-Nordwestfeld und der Schutz des kulturhistorisch wertvollen Branitzer Parks. In zunehmendem Maße folgten die Gremien den Vorlagen des BfT und unterstrichen damit die fachliche Kompetenz der Territorialplaner.

³² Auch der Zeitzeuge aus dem Bezirk Potsdam unterstreicht: „Als Beispiel dafür kann man ... sagen, dass ... wir ganz intensiv in die Vorbereitung der Wohnungsbaukonzeption einbezogen worden sind. Das hat sich von den Reproduktionsrechnungen der Bevölkerung, des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, der Haushalte, einerseits bedarfsseitig, andererseits bis hin zu den Reproduktionsrechnungen des Bauwesens, bis dahin vollzogen, dass wir zum Schluss auch Baubilanzen vorbereitet haben.“ (Interview Potsdam, I 10).

Im ebenso durch den Energiesektor geprägten Bezirk Leipzig wurde ein für die DDR einzigartiger Weg beschritten. Hier war ab 1973 ein spezielles, der Bezirksplankommission nachgeordnetes Büro für Bergbauangelegenheiten mit der bezirklichen Braunkohlenplanung befasst. Diese Fachplanungsstelle stand somit gleichrangig neben dem BfT.³³

In dem vorliegenden Beitrag kann nur ein kleiner und exemplarischer Ausschnitt aus der Geschichte der Territorialplanung aufgezeigt werden. Durch eine Auswertung und Vertiefung der von der Arbeitsgruppe „Territorialplanung in der DDR“ geführten Experteninterviews können zukünftig weitere und vielfältige Beispiele aus der Arbeit der BfT in allen Bezirken der DDR dokumentiert und publiziert werden.

5 Auflösung der Büros und Überführung in die Regional- und Landesplanung

Die eklatanten infrastrukturellen Probleme der DDR-Planwirtschaft, die in den 1980er Jahren von der Territorialplanung erkannt und dargelegt wurden, konnten letzten Endes nicht gelöst werden. Daneben war auch der in einigen Teilen dramatische Zustand von Natur und Umwelt, aber auch von Wohnbausubstanz allgegenwärtig.

Mit der politischen Wende boten sich im Herbst 1989 plötzlich neue Möglichkeiten, auch für eine demokratische Raumplanung und eine Offenlegung der Umwelt- und Infrastrukturprobleme. Die in der Wendezeit aufkeimende Aufbruchstimmung erfasste auch einen Teil der Territorialplaner.³⁴ Die sich nun anbahnende Auflösung der DDR,

³³ Das Büro für Bergbauangelegenheiten im Bezirk Leipzig bestand aus der Abteilung Planung und Standortverfahren (mit den Fachbereichen Planung, Standortverfahren und Wiederurbarmachung/Bergbaufolgelandschaften) und der Abteilung Bergsicherung. Vgl. Interview Leipzig, I 11.

³⁴ Wichtige Studien aus dieser Zeit sind: FEGE, GÖBEL und JUNG 1990; GEOGRAPHISCHE GESELLSCHAFT E.V., FACHVERBAND DER BERUFSGEOGRAPHEN 1991; OSTWALD 1990 und NIEDERSÄCHSISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG 1990. Vgl. auch WINKEL 1998.

die Gründung der neuen Bundesländer und der Beitritt zur Bundesrepublik überrollten jedoch auch viele Hoffnungen und jahrelange Erfahrungen, so dass der Neuaufbau der ostdeutschen Regional- und Landesplanung zu einem hohen Maße westdeutsch bestimmt war und bis heute noch ist. Die Büros für Territorialplanung wurden Ende 1990 aufgelöst, teilweise provisorisch weiter geführt und schließlich in die neuen Landesplanungsbehörden überführt.³⁵ Neben einem personellen und institutionellen Austausch kam es auch zu einem Wechsel der Leitbilder, der Methoden und besonders der rechtlichen Rahmenbedingungen in der räumlichen Planung.

Mit dem Aufbau und der Etablierung der Regional- und Landesplanung in den neuen Bundesländern wurde schließlich ein neues Kapitel der Planungsgeschichte eingeleitet (WINKEL 1998). Die Entwicklung verlief dabei in den einzelnen Ländern unterschiedlich, jedoch meist in starker Anlehnung an die Strukturen der alten Bundesrepublik.

Zitierte Interviews

- I 1: Interview mit Zeitzeuge aus der BPK Cottbus, Cottbus 20.08.2003
 I 2: Interview mit Zeitzeugen aus dem BfT Frankfurt/O., Frankfurt/O. 23.10.2003
 I 3: Interview mit Zeitzeuge aus der FLS, Berlin 04.09.2003
 I 4: Interview mit Zeitzeuge aus dem BfT Suhl, Suhl 08.06.2004
 I 5: Interview mit Zeitzeuge aus dem BfT Gera, Gera 25.05.2004
 I 6: Interview mit Zeitzeuge aus dem BfT Neubrandenburg, Neubrandenburg 04.03.2004
 I 7: Interview mit Zeitzeuge aus dem BfT Weimar, Weimar 11.05.2004
 I 8: Interview mit Zeitzeugen aus dem BfT Cottbus, Cottbus 20.08.2003
 I 9: Interview mit Zeitzeuge aus dem BfT Dresden, Dresden 01.04.2004
 I 10: Interview mit Zeitzeuge aus dem BfT Potsdam, Potsdam 10.09.2003
 I 11: Interview mit Zeitzeuge aus der BPK Leipzig, Leipzig 16.03.2004

³⁵ Beispiel: Das BfT Schwerin wurde Mitte 1990 in „Büro für Landesentwicklung, Umwelt- und Siedlungsplanung“ umbenannt und zum 31.12.1990 aufgelöst. Es folgten das Amt für Regionalplanung Schwerin, Amt für Raumordnung und Landesplanung Schwerin und schließlich Amt für Raumordnung und Landesplanung Westmecklenburg (KIRSCHKE 2000, S. 30).

Literatur

- AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (Hrsg.) 2000: Quellen der Raumforschung in der ehemaligen DDR. Hannover. (= Arbeitsmaterial Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 269).
- ALBRECHT, G. 2000: Erholungswesen und Tourismus als Objekt der Raumplanung/Territorialplanung in der DDR am Beispiel des ehemaligen Agrarbezirks Neubrandenburg. In: AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (Hrsg.) 2000: Quellen der Raumforschung in der ehemaligen DDR. Hannover, S. 76–84. (= Arbeitsmaterial Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 269).
- APOLINARSKI, I. 1999: Die Territorialplanung zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Das Beispiel Dahlwitz-Hoppegarten. In: BARTH, H. (Hrsg.) 1999: Plänen für das Kollektiv. Handlungs- und Gestaltungsspielräume von Architekten und Stadtplanern in der DDR. Erkner, S. 37–47. (= IRS, Graue Reihe, 19).
- APOLINARSKI, I. 2004: Die Entwicklung des Gewerbegebietes Dahlwitz-Hoppegarten – Spiegelbild der Territorialplanung in der DDR. In: ECKART, K. und K. SCHERF (Hrsg.) 2004: Deutschland auf dem Weg zur inneren Einheit. Berlin, S. 175–207. (= Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, 87).
- BARTH, H. (Hrsg.) 1998: Projekt Sozialistische Stadt. Beiträge zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR. Berlin.
- BARTH, H. (Hrsg.) 1999: Plänen für das Kollektiv. Handlungs- und Gestaltungsspielräume von Architekten und Stadtplanern in der DDR. Erkner. (= IRS, Graue Reihe, 19).
- BARTH, H. (Hrsg.) 2001: Grammatik sozialistischer Architekturen. Lesarten historischer Städtebauforschung zur DDR. Berlin.
- BEHRENS, H. 1997: Von der Landesplanung zur Territorialplanung. Zur Entwicklung der räumlichen Planung in der SBZ/DDR von 1945 bis Anfang der 60er Jahre. Marburg. (= Forum Wissenschaft Studien, 41).
- BLAUROCK, K.-H. 2001: Geplant, verplant? Ein Arbeitsleben in der DDR. Scheuditz.
- BLAUROCK, K.-H. 2003: Territorialplanung – Aufgaben, Erreichtes und Probleme. In: TESCH, J. (Hrsg.) 2003: Bauen in Leipzig 1945–1990. Akteure und Zeitzeugen auf persönlichen Spuren der Leipziger Baugeschichte. Leipzig, S. 86–114.
- BÖNISCH, R., G. MOHS und W. OSTWALD (Hrsg.) 1976: Territorialplanung. Berlin.
- BRÄUNIGER, J. 1989: Territorialplanung in der DDR. In: Raumforschung und Raumordnung 47, H. 4, S. 191–201.
- ECKART, K. 1998: Von der Territorialplanung in der DDR zur Raumordnung und Landesplanung der neuen Bundesländer. In: ECKART, K., J. HACKER und S. MAMPEL (Hrsg.) 1998: Wiedervereinigung Deutschlands. Festschrift zum 20jährigen Bestehen der Gesellschaft für Deutschlandforschung. Berlin, S. 487–506. (= Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, 56).
- ECKART, K., G. KEHRER und K. SCHERF (Hrsg.) 1998: Raumplanung und Raumforschung in der DDR. Berlin. (= Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, 57).

- FEGE, B., M. GÖBEL und H.-U. JUNG (Hrsg.) 1990: Regionalreport DDR. Grundzüge räumlicher Strukturen und Entwicklungen. Berlin und Hannover.
- GEOGRAPHISCHE GESELLSCHAFT E.V., FACHVERBAND DER BERUFGEOGRAPHEN (Hrsg.) 1991: Raumordnung und Raumplanung in Deutschland. Cottbus.
- GOERG, M. 1975: Raumordnung und Territorialplanung in der DDR. Dortmund.
- GRIMM, F.-D. 2000: Ziele und Inhalte einer Erfassung der Quellen der Raumforschung und -planung in der ehemaligen DDR. In: AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (Hrsg.) 2000: Quellen der Raumforschung in der ehemaligen DDR. Hannover, S. 1–10. (= Arbeitsmaterial Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 269).
- HECKER, T. 2000: Zum Spektrum der Arbeitsthemen des Büros für Territorialplanung Karl-Marx-Stadt (Chemnitz). In: AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (Hrsg.) 2000: Quellen der Raumforschung in der ehemaligen DDR. Hannover, S. 48–56. (= Arbeitsmaterial Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 269).
- GRÜNENWALD, K. und G. HEIDENREICH 1990: Aspekte der Regionalplanung in Theorie und Ausbildung an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar. In: Raumforschung und Raumordnung 48, H. 4/5, S. 217–226.
- HEIL, K. (Hrsg.) 1992: Raumplanung zwischen DDR und BRD. Beiträge aus der Tagung „Einblicke, Rückblicke, Ausblicke: Das System der Stadt-, Regional- und Landesplanung in der DDR und Ansätze zur Transformation“ veranstaltet am 16. November 1990 vom Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin. Berlin. (= ISR-Diskussionsbeiträge, 38).
- HEIN, P. G. 1976: Die Territorialplanung der DDR. Anspruch, Entwicklung und Grundprobleme. Dissertation Universität Freiburg. Freiburg/Br.
- HOCHSCHULE FÜR ÖKONOMIE Berlin „Bruno Leuschner“, Wissenschaftsbereich Territorialökonomie (Hrsg.) 1982: Wissenschaftliches Kolloquium – Beiträge: 30 Jahre territorialökonomische Lehre und Forschung an der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“. Berlin.
- INSTITUT FÜR REGIONALENTWICKLUNG UND STRUKTURPLANUNG (Hrsg.) 1998: Im Dickicht der Archive. Forschungs- und Sammlungsarbeit zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR. Erker. (= Materialien des IRS, Graue Reihe, 12).
- KALISCH, K.-H. 1977: Grundzüge der sozialistischen Territorialplanung in der DDR und der kapitalistischen Raumordnung in der BRD. Dissertation (B) Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin.
- KALISCH, K.-H. 1979: Entwicklungslinien der territorialen Planung in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Geographische Berichte 92, S. 145–154.
- KARN, S. 2004: Freiflächen- und Landschaftsplanung in der DDR. Am Beispiel von Werken des Landschaftsarchitekten Walter Funcke (1907–87). Münster. (= Arbeiten zur sozialwissenschaftlich orientierten Freiraumplanung, 11).
- KEHRER, G. 1982: Grundfragen der Territorialplanung. Dresden. (= Lehrbriefe für das Hochschulfernstudium, Sozialistische Volkswirtschaft, 10).
- KEHRER, G. 1998: Abriss der Entwicklung der Territorialplanung der DDR – die Raumplanung in der DDR zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: ECKART, K., G. KEHRER und K. SCHERF (Hrsg.): Raumplanung und Raumforschung in der DDR. Berlin, S. 25–93 (= Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, 57).
- KEHRER, G. 2000: Abriss der Entwicklung der Territorialplanung der DDR – die Raumplanung in der DDR zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Versuch einer Gesamtschätzung. In: AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (Hrsg.) 2000: Quellen der Raumforschung in der ehemaligen DDR. Hannover, S. 11–28. (= Arbeitsmaterial Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 269).
- KIND, G. 1995: Raumplanung in der DDR. In: AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (Hrsg.) 1995: Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover. S. 776–782.
- KIND, G. 1996: Die Ausbildung von Fachleuten für räumliche Planung in der ehemaligen DDR – Das Weimarer Modell. In: Raumforschung und Raumordnung 54, H. 1, S. 63–66.
- KIND, G. 1997: Territorialentwicklung und Territorialplanung in der DDR. Ergebnisse und Auswirkungen auf die Raumstruktur Deutschlands. In: BECKER, A. (Hrsg.) 1997: Regionale Strukturen im Wandel. Opladen., S. 17–103 (= Beiträge zu den Berichten der KSPW, 1).
- KIRSCHKE, K. 2000: Funktion, Struktur und Arbeitsschwerpunkte des Büros für Territorialplanung Schwerin. In: AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (Hrsg.) 2000: Quellen der Raumforschung in der ehemaligen DDR. Hannover, S. 29–47. (= Arbeitsmaterial Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 269).
- KLAPPROTH, H. 1983: Territorialplanung. Ein zielstrebig gestalteter Prozess. Berlin.
- KLOPPER, H. 1990: Bananen für Erich Honecker. Die Geheimprotokolle der Staatlichen Plankommission der DDR 1986–1989. Hamburg.
- KRENTZ, G. 1998: Landwirtschaftliche Beratungseinrichtungen im Schloß Hohenzieritz in den Jahren 1962 bis 1991. In: Strelitzer Land 1999, S. 49–57.
- LEHMANN, H. 1963: Grundlagen und Begriffe des räumlichen Denkens in Mitteldeutschland. In: Raumforschung und Raumordnung 13, H. 13, S. 319–342.
- LEHMANN, H. 1965: Das neue Modell der Territorialplanung in Mitteldeutschland. In: Raumforschung und Raumordnung 15, H. 22, S. 715–737.
- LEHMANN, H. 1970: Planerausbildung in der DDR. Bonn-Bad Godesberg.
- LINDENAU, G. 1968: Der gebietswirtschaftliche Aufwand. Berlin. (= Planung und Leitung der Volkswirtschaft, 22).
- LOTZMANN, E. und K. SCHERF 2005: Territorialplanung in der DDR. In: AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (Hrsg.) 2005: Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover. S. 1154–1161.
- MÜLLER, R. (Hrsg.) 1966: Territorialplanung im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung. Berlin.
- NIEDERSÄCHSISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (Hrsg.) 1990: Regionalreport Sachsen-Anhalt: Grundzüge räumlicher Strukturen und Aufga-

- benfelder für die regionale Wirtschaftspolitik. Hannover, Halle und Magdeburg.
- OKONNEK, S. 1999: Entwicklung der Landes- und Regionalplanung in Ostdeutschland. In: AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (Hrsg.) 1999: Grundriß der Landes- und Regionalplanung. Hannover, S. 34–44.
- OSTWALD, W. (Hrsg.) 1990: Raumordnungsreport 1990. Daten und Fakten zur Lage in den ostdeutschen Ländern. Berlin.
- RAT DES BEZIRKES COTTBUS (Hrsg.) 1979: Territoriale Regelung der Standortplanung im Bezirk Cottbus. Cottbus. (= Mitteilungsblatt des Bezirkstages Cottbus).
- REINERS, H. 1991: Raumordnungs- und Planungskataster. Die gegenwärtige Situation in den Altländern der Bundesrepublik und in der früheren DDR sowie Aspekte der künftigen Entwicklung. Hannover. (= Arbeitsmaterial Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 177).
- ROOS, H. 1955: Die Regionalplanung der Deutschen Demokratischen Republik. Ihre theoretischen und methodologischen Hauptprobleme. Berlin.
- SCHELHAAS, B. 2000: Berufsgeographie in der DDR – Der Fachverband der Berufsgeographen der Geographischen Gesellschaft der DDR. In: Standort 24, H. 3, S. 42–46.
- SCHELHAAS, B. 2004: Territorialplanung in der DDR. Bericht aus der 4R-Arbeitsgruppe. In: ARL-Nachrichten 3/2004, S. 24–25.
- SCHERF, K. 1973: Territorialplanung, Territorialforschung und Geographie in der DDR. In: Geographische Berichte 69, S. 296–305.
- SCHERF, K. 1998: Theoretische Grundlagen und Methoden, Organisationsformen, Ergebnisse und Probleme der interdisziplinären Raumforschung in der DDR – Versuch einer generellen Wertung. In: ECKART, K., G. KEHRER und K. SCHERF (Hrsg.) 1998: Raumplanung und Raumforschung in der DDR. Berlin, S. 95–136. (= Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, 57).
- SCHMIDT, R. 2000: Zur Gebiets- und Standortplanung in der DDR auf Kreisebene. In: AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (Hrsg.) 2000: Quellen der Raumforschung in der ehemaligen DDR. Hannover, S. 57–70. (= Arbeitsmaterial Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 269).
- SCHÜRER, G. 1996: Gewalt und verloren. Eine deutsche Biographie. Frankfurt/O.
- SPRINGER, P. 2006: Verbaute Träume. Herrschaft, Stadtentwicklung und Alltag in der sozialistischen Industriestadt Schwedt. Berlin. (= Forschungen zur DDR-Gesellschaft).
- WERNER, F. 1975: Zur Raumordnung in der DDR. 2. Aufl. Berlin.
- WERNER, F. 1980: Raumordnerische Informationen und Regionalstatistik in der DDR. In: Raumforschung und Raumordnung 38, H. 3, S. 130–135.
- WERNER, F. 1985: Die Raumordnungspolitik der DDR. Hannover. (= Beiträge Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 82).
- WINKEL, R. 1998: Von der Territorialplanung zur Raumordnung. In: ECKART, K., G. KEHRER und K. SCHERF (Hrsg.) 1998: Raumplanung und Raumforschung in der DDR. Berlin, S. 211–222. (= Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, 57).
- WÜBBE, I. (Hrsg.) 1996: Landschaftsplanung in der DDR. Aufgabenfelder, Handlungsmöglichkeiten und Restriktionen in der DDR der sechziger und siebziger Jahre. Berlin.
- WURMS, C. 1976: Raumordnung und Territorialplanung in der DDR. Territorialstruktur, Planungsorganisation, Raumwissenschaft. Dortmund. (= Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, 2).